



Eine Herausforderung auch für sehr interessierte Bürger: die 59 Aktenordner von Kali+Salz, hier in Giesen.

Foto: Gossmann

Kali-Ordner: Jetzt ist Zeit für Einwände

Auslegungsfrist beendet / Interesse in Giesen und Sarstedt am größten / Zahl der Internet-Nutzer unbekannt

VON TAREK ABU AJAMIEH

GIESEN/KREIS HILDESHEIM. Haben die 59 dicken Aktenordner viele Bürger abgeschreckt? Haben viele sich die Unterlagen einfach aus dem Internet heruntergeladen? Das Interesse an den Plänen für eine Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen ist in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich ausgefallen. Zehn Tage lang haben Interessierte jetzt noch Zeit, Einwendungen gegen die Pläne vorzubringen. Diese werden voraussichtlich im September bei einer großen Veranstaltung in Hildesheim erörtert.

Wann die Entscheidung über den Antrag des Konzerns Kali+Salz fällt und wann dann auch das Unternehmen endgültig entscheidet, ob es in Giesen wieder einsteigen will, steht noch nicht fest. Vor 2016 dürfte es aber nichts werden. Sicher scheint auch, dass der Streit zwi-

schen Wirtschafts- und Umweltministerium in Hannover über einen möglichen zweiten Kaliberg noch über Monate schwelen wird – mit ungewissem Ausgang.

Am größten war das messbare Bürger-Interesse an dem Großprojekt in Giesen selbst sowie in Sarstedt. In Giesen zählte der stellvertretende Verwaltungschef Kai Niemetz insgesamt 17 Besucher, die sich ins Studium der Akten vertieften. „Die meisten kamen gleich in der ersten Woche“, berichtet Niemetz. Gerade in Giesen liegt allerdings die Vermutung nah, dass längst nicht alle Interessierten selbst vorbeikamen, sondern sich auf das Engagement der örtlichen Bürgerinitiative verließen – schließlich haben weit mehr als 1000 Einwohner die Gruppe und ihre Ziele mit ihren Unterschriften unterstützt.

In Sarstedt war der Zulauf ähnlich, wobei die meisten Besucher dort sehr

gezielt jene Aktenordner ansteuerten, die sich mit dem Schacht an der Glückaufstraße im Stadtteil Giebelstieg beschäftigten. Dort will Kali+Salz bei einem erneuten Grubenbetrieb das Personal unter Tage fahren lassen.

Schon deutlich weniger war im Harsumer Rathaus los – in dieser Gemeinde geht es vor allem um den Verladehafen am Stichkanal sowie um einen Ausbau des Gleisnetzes der Kalibahn. Bauamtsleiter Wolfgang Bruns zählte fünf Interessierte, wobei in der letzten Woche niemand mehr vorbeischaute. Von einem „sehr verhaltenen“ Interesse berichtet auch Algermissens Bürgermeister Wolfgang Moegerle, dessen Kommune von dem Bergwerks-Betrieb allerdings nicht direkt betroffen wäre. Das gilt auch für Hildesheim, wo exakt ein Bürger die vierwöchige Auslegungsfrist nutzte. In Pattensen, ebenfalls höchstens durch Emissionen betroffen, kam sogar über-

haupt kein Bürger wegen des Kali-Projektes ins Rathaus. Aus Nordstemmen waren gestern keine Zahlen zu bekommen, angesichts des geplanten Witterschachts Barnten/Rössing dürfte dort das Interesse aber größer gewesen sein.

Unklar ist allerdings, wie viele Menschen aus der Region die Chance genutzt haben, sich die Pläne für das Bergwerk im Internet anzuschauen oder herunterzuladen. Dazu könnten gestern weder das Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) noch der Kali-Konzern selbst Zahlen nennen.

Sicher ist: Bis zum 22. April kann jeder Bürger beim LBEG oder bei den Gemeinden, in denen die Unterlagen einsehbar waren, Einwendungen zu dem Vorhaben vorbringen. Wer das tut, darf seine Anliegen beim Erörterungstermin mit Unternehmen und Behörden diskutieren. Das Treffen findet voraussichtlich im September in Hildesheim stattfinden.